

Deutsch-Chinesische Nachrichten

Deutsche Tageszeitung

德華日報

中華郵政特准掛號立券之報紙

Eingetragen als Zeitung
auf dem Chinesischen Postamt.

7. Jahrgang

Tientsin, Freitag, den 17. Juli 1936

Nr. 1776

Deutschlands Einschaltung in die Weltprobleme

Herzogspaar von Koburg Gäste des Anglo-German Fellowship.

Grosse Rede von Lord Lothian. — England muss den ersten Schritt tun. — Die Revision des Völkerbundes. — Die Lösung der Kolonialfrage.

London, den 15. Juli (Transocean C.N.) Die Anglo-German Fellowship veranstaltete am Dienstagabend im Worcester Hotel zu Ehren des Herzogs und der Herzogin von Braunschweig ein Essen, an dem zahlreiche führende Persönlichkeiten der englischen Politik und Wirtschaft teilnahmen, unter anderem der Marquis of Londonderry, der Marquis of Lothian, Generalmajor Sir Frederick Maurice, Lord Mount Temple, und der Bischof von Salisbury. Deutscherseits nahmen unter anderem Botschaftsrat Fürst Bismarck, die Reichsfrauenführerin Frau Scholtz-Klinck, Hauptamtsleiter Hilgenfeld und Freiherr Marschall von Liebenstein teil.

Nach einführenden Worten des früheren britischen Botschafters in Rom, Lord Rennell of Rodd, der auf die alte traditionelle Verbundenheit beider Völker hinwies und hervorhob, dass die Herzlichkeit der Zusammenarbeit zwischen den drei westeuropäischen Mächten unerlässlich sei, widrigenfalls sie dem Untergang geweiht sein würden, hielt Lord Lothian eine grossangelegte Rede, in der er unter anderem ausführte, die Kernfrage sei, ob man die Streitigkeiten der letzten 30 Jahre fortleben lassen wolle, oder gewillt sei, einen neuen Zeitabschnitt für die Menschheit zu beginnen. Er glaube, dass die beiderseitige Stimmung die Rückkehr zur Zusammenarbeit verlange.

Allerdings glaube er im Hinblick auf die Ereignisse besonders der letzten zwei Jahre, dass der erste entscheidende Schritt zur Ergreifung der jetzigen Gelegenheit nunmehr von England getan werden müsse. Dieser Schritt müsse darin bestehen, ein für allemal auf das zu verzichten, was in Deutschland der Geist von Versailles genannt werde.

Lord Lothian kam dann auf den Völkerbund zu sprechen, der niemals in stande gewesen sei, die Deutschland zugefügten Ungerechtigkeiten gemäss den Ansichten des Präsidenten Wilson abzustellen. Er sei niemals ein wahrer Völkerbund gewesen, weil so viele Mitglieder nicht in stande waren, sich von der Ueberlieferung von Versailles loszulösen. Grossbritannien sei, so fuhr Lord Lothian fort, ein Anhänger des Völkerbundes. Die Welt brauche notwendigerweise eine Form internationaler Organisation, wichtiger aber sei, dass der Völkerbund überalterte Verträge rechtzeitig revidiere, als dass er die Macht habe, einen Angreifer in den Schranken zu halten.

Die eigentliche Probe stehe der Genfer Einrichtung noch bevor, nämlich die Frage, ob der Völkerbund eine Vertragsrevision auf friedlichem Wege zustandebringen könne, die Deutschland denjenigen Platz in der Welt geben werde, auf den es Anspruch habe. Hierdurch würde die Menschheit vor dem Unglück eines neuen Weltkrieges bewahrt werden.

Lord Lothian ging dann auf das Problem der deutschen Kolonien ein, dessen Lösung eine Weltfrage sei. Er persönlich glaube nicht, dass das Problem durch die Rückgabe der alten deutschen Kolonien gelöst werden könne, da dies den heutigen Bedürfnissen Deutschlands nicht entspreche. Die Frage müsse auf viel weiterer Grundlage erwogen werden. Alle Kolonialmächte müssten gewillt sein, ihren Beitrag zu einer Gebietsübertragung zu leisten. Es sei weit wichtiger, dass der Völkerbund, möglichst mit Deutschland als Mitglied, im kommenden September ernstlich an dieses riesige Problem herangehe, als dass er versuche, wieder ein Sanktionssystem herauszustellen, das dazu verwendet werden könne, einen überalterten status quo aufrechtzuerhalten.

Frankreich besteht auf der Zusammenkunft in Brüssel

Paris, den 15. Juli (Transocean C.N.) Der französische Botschafter in London, M. Charles Corbin, ist angewiesen worden, das britische Auswärtige Amt davon zu unterrichten, dass die französische Regierung die Abhaltung der Konferenz in Brüssel auch ohne Italiens Teilnahme wünscht.

Pariser Zeitungen erklären, dass in London in Anbetracht der gegenwärtigen Umstände wenig Neigung zur Teilnahme an der Brüsseler Zusammenkunft besteht, glauben aber, dass die britische

Regierung sich schliesslich doch dazu bereit finden wird, da die französische Regierung den französischen Standpunkt darzulegen wünscht. Die Presse hegt jedoch keine Hoffnung, dass diese Besprechung irgendeinen praktischen Erfolg erzielen wird.

Das „Echo de Paris“ behauptet, nach der Ansicht in London sollte die Konferenz bis zum September aufgeschoben werden, da bis dahin der wahre Sinn des deutsch-österreichischen Abkommens klar sein werde.

Englisch-sowjetischer Ausgleich in der Meerengenfrage

Montreux, den 15. Juli (Transocean C.N.) Am Mittwoch nachmittag ist endlich zwischen England und Sowjetrussland eine Einigung über die heikle Frage der Durchfahrt der Kriegsschiffe kriegsführender Mächte durch die Meerengen im Falle der Neutralität der Türkei erzielt worden.

Beide Länder lenkten ein, England verzichtete auf die Forderung, die Ueberwachung der Rechte der Kriegsführenden in das neue Abkommen einzubringen, was die letzte Schwierigkeit bedeutete. Die Lösung hat die Form eines Kompromisses. Der erste englische Entwurf ist für den ersten Absatz des Artikels 16 beibehalten, wogegen der zweite Absatz aus der sowjetrussischen Abänderung besteht. Der Wortlaut ist jetzt wie folgt: „Wenn in Kriegszeiten die Türkei neutral bleibt, sollen Kriegsschiffe und Hilfsschiffe die volle Freiheit der Durchfahrt durch die Meerengen unter den gleichen Bedingungen haben, die in Artikel 9 bis 15 (Bestimmungen für Friedenszeiten) festgelegt sind.“ Dann folgt die sowjetrussische Abänderung: „Die Durchfahrt durch die Meerengen ist jedoch für Kriegsschiffe und Hilfsschiffe jedes kriegsführenden Staates verboten, wenn es sich nicht um Fälle nach Artikel 23 (Verpflichtungen nach den Völkerbundsatzungen) und Fällen von Pakten und Verträgen handelt, welche die Türkei im Rahmen der Völkerbundsatzungen abgeschlossen hat.“

Damit hat die Türkei das Recht, in Kriegszeiten die Durchfahrt zu erlauben, und zwar nach beiden Richtungen, sowohl für Schiffe der Kriegsführenden, die nach den Bestimmungen der Völkerbundsatzungen handeln, oder die einem Staate zu Hilfe kommen, dem die Türkei durch einen Pakt oder ein gegenseitiges Hilfeleistungsabkommen verpflichtet ist.

Der Zusammenbruch des Ueberstaates in Genf

Rom, den 15. Juli (Transocean C.N.) Zur Feier der Aufhebung der Sanktionen prangt auf Befehl Mussolinis ganz Italien im Flaggenschmuck. Die Presse benutzt die Gelegenheit, den vaterländischen Geist zu preisen, der ganz Italien in den Stand versetzte, unerschüttert aus 241 Tage der Sanktionen hervorzukommen und tatsächlich, wie die „Giornale d'Italia“ sagt, stärker, sicherer und entschlossener als jemals dazustehen.

Die „Tribuna“ schreibt, die Aufhebung der Sanktionen bedeute nicht nur ihr technisches Versagen sondern auch die politische Kapitulation des Völkerbundes. „Der Ueberstaat, mit dem man den Lauf der Geschichte aufzuhalten hoffte, ist jetzt zusammengebrochen“, sagt die Zeitung. Zum deutsch-österreichischen Abkommen sagt sie, der Abschluss des Abkommens, das mit der Aufhebung der Sanktionen glücklich zusammentreffe, zeige gleichfalls die vollkommene Machtlosigkeit des Völkerbundes und bewese den aufbauenden Wert anderer Methoden. Mit dem Zusammenbruch des Sanktionsexperiments sei auch der Mythos von der kollektiven Sicherheit zusammengebrochen.

Auffindung einer alten Siedlung in der Pfalz

Berlin, den 15. Juli (Transocean C.N.) Im Laufe von Ausschachtungsarbeiten wurden bei Harzheim in der Pfalz die Ueberreste einer vorgeschichtlichen Siedlung gefunden, die nach Ansicht von Sachverständigen aus der Zeit vor etwa 5 000 Jahren stammt. Bruchstücke von Urnen, Steine zum Kornmahlen und Knochen von Menschen und Tieren sind gefunden worden.

Oesterreich bildet die Brücke

Wien, den 15. Juli (Transocean C.N.) In einer wichtigen Erklärung an die Presse in Wien über das

deutsch-österreichische Abkommen verweist Staatssekretär des Auswärtigen Schmidt darauf, dass die bisher zwischen den beiden Staaten bestehende Spannung ein ernstes Hindernis für die Neuordnung des Wirtschaftslebens im Donaubecken gewesen sei. Oesterreich sei jetzt in der Lage und fest entschlossen, als Brücke zwischen den Völkern, als Brücke zwischen dem Osten, Westen, Norden und Süden zu wirken. Der Erfolg hänge jedoch davon ab, dass die politischen Unabhängigkeit Oesterreichs vollkommen gewahrt werde, denn Verträge zum Zwecke freundschaftlicher Zusammenarbeit könnten nur auf der Grundlage unbedingter Gleichberechtigung aller betreffenden Staaten geschlossen werden. Schmidt gab der Ueberzeugung Ausdruck, dass durch die Wiederherstellung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern in Mitteleuropa auch eine günstigere Stimmung für die bevorstehenden internationalen Verhandlungen zur Sicherung des Friedens in Europa geschaffen sei.

von Papen fährt nach Berlin

Wien, den 15. Juli (Transocean C.N.) Der deutsche Gesandte von Papen begab sich am Dienstag nach Berlin zur Besprechung der mit dem deutsch-österreichischen Uebereinkommen zusammenhängenden Einzelfragen. Anschliessend wird er auf Einladung des Führers in dessen Begleitung an den Bayreuther Festspielen teilnehmen.

Einladung nach Italien

Berlin, den 15. Juli (Transocean C.N.) Graf Volpi, der Führer der italienischen Wirtschaftsorganisation, der mehrere Tage in Berlin verbracht hat, hat Reichsbankpräsidenten und Wirtschaftsminister Dr. Schacht sowie Dr. Krendelenburg, den Industrieführer eingeladen, Italien einen Besuch abzustatten und die Einladung auf weitere führende deutsche Industriellen auszu dehnen.

Italien zieht Truppen aus Lybien zurück

Rom, den 15. Juli (Transocean C.N.) Der Bericht, dass ein Teil der italienischen Truppen aus Lybien zurückgezogen werden soll, wird in hiesigen, amtlichen Kreisen bestätigt. Die Verstärkungen, die dorthin wegen der Verstärkungen der britischen Mittelmeerflotte entsandt wurden, werden im gleichen Tempo, wie die britischen Schiffe aus dem Mittelmeer zurückgezogen werden, nach Italien zurückgebracht.

Was weiter die Seebeistandspakte zwischen England und der Türkei, Griechenland und Jugoslawien angeht, so heisst es, dass Italien keine Vergeltungsmassnahmen plane und dass die Befürchtungen dieser Länder daher gegenstandslos seien. Da keine italienische Bedrohung bestehe, könne Italien nicht verstehen, welchen Zweck die Beibehaltung dieser Abkommen haben könnte, nachdem die Sanktionen nun abgeschafft seien.

Der Nachfolger Pilsudskis

Warschau, den 15. Juli (Transocean C.N.) Der Generalinspekteur der polnischen Armee, General Rydz-Smigly ist zum „Ersten Mann Polens“ nach dem Präsidenten, der, also im Range über dem Ersterminister steht, ernannt worden.

Der Erlass, der die Stellung des Oberbefehlshabers in Nachfolge des verstorbenen Marschalls Pilsudski regelt, sagte: „In Uebereinstimmung mit dem Wunsche des Präsidenten wird hiermit bestimmt, dass General Rydz-Smigly, der von Marschall Pilsudski zum ersten Verteidiger des Landes und ersten Ratgeber des Präsidenten für die Regierung des Landes ernannt war, als der erste Mann in Polen nach dem Präsidenten angesehen und geachtet wird.“

Göthas Staatskutsche erscheint in Berlin

Berlin, den 15. Juli (Transocean C.N.) Das Erscheinen einer Reisekutsche aus dem 18. Jahrhundert, die mit Kutscher und Fahrgästen in den der damaligen Zeit entsprechenden Gewändern besetzt und mit prächtigen Pferden bespannt war, in dem dichten Verkehr des Berliner Zentrums, erregte am Mittwoch mittag hier kein geringes Aufsehen. Das betreffende Fahrzeug, das einen seltsamen Gegensatz zu den es umfahrenden Kraftwagen bildete, war wie Neugierigen mitgeteilt wurde, die von Deutschlands grösstem Dichter Wolfgang von Goethe auf seinen Reisen benutzte historische Kutsche. Die Kutsche war nach Berlin gekommen, um in der „Deutschland Ausstellung“ ausgestellt zu werden, welche neben den Olympischen Spielen eine der Hauptattraktionen dieses Sommers sein wird.

(Fortsetzung der Telegramme Seite 8)